

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Peter Wurm, Christian Hafenecker, MA, Dr. Dagmar Belakowitsch und weiterer Abgeordneter
betreffend **Sicherstellung der Gleichbehandlung von Bar- und Kartenzahlern in den Speisewagen der ÖBB**

Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) haben in Zusammenarbeit mit ihrem Catering-Partner DoN's eine Rabattaktion eingeführt, die Kartenzahlungen in den Speisewagen mit einem Preisnachlass von fünf Prozent belohnt.¹

Diese Maßnahme führt faktisch zu einer Benachteiligung von Barzahlern und stellt somit einen stillen Preisaufschlag auf Bargeld dar.

Ein derartiges Vorgehen eines noch dazu staatlichen Unternehmens greift massiv in die Zahlungsfreiheit der Bürger ein und diskriminiert insbesondere ältere Menschen, die bevorzugt bar bezahlen bzw. keine Möglichkeit zur elektronischen Zahlungsabwicklung besitzen. Laut der aktuellen Bargeldstudie von Global Payments zahlt in etwa jeder Fünfte ausschließlich bar, insbesondere ältere Menschen über 70 Jahre, aber auch die Generation 60plus zahlt mehr bar als mit der Karte.²

Bargeld ist insgesamt ein in Österreich beliebtes, bewährtes, anonymes und sicheres Zahlungsmittel. Seine Verdrängung durch derartige Rabattmodelle bedeutet nicht nur einen Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger, sondern kommt also einer unsozialen Bestrafung all jener gleich, die bar zahlen.

Es ist daher unerlässlich, dass die ÖBB, als öffentliches Unternehmen, die Gleichbehandlung aller Zahlungsmethoden sicherstellt und keine Anreize schafft oder befördert, die eine Barzahlung gegenüber einer anderen Zahlungsarten benachteiligt.

Diese Diskriminierung von Barzahlungen gegenüber anderen Formen der Zahlungsabwicklung ist häufig nur der erste Schritt zur restlosen Beseitigung der Möglichkeit zur Barzahlung. Dies gilt es unbedingt langfristig zu verhindern.

¹ <https://www.oe24.at/oesterreich/chronik/niederoesterreich/wirbel-um-rabatt-fuer-kartenzahler-im-oebb-speisewagen/638483260> (aufgerufen am 14.10.2026)

² <https://www.globalpayments.at/blog/bargeldstudie-2026> (aufgerufen am 14.10.2026)

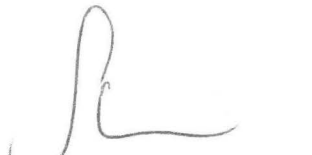
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die sicherstellt, dass Staatsunternehmen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, keine Zahlungsmethode durch Rabatte forcieren. Es ist insbesondere zu gewährleisten, dass Bar- und Kartenzahler gleichbehandelt werden und künftig keine unsoziale Benachteiligung von Barzahlern durch die ÖBB oder deren Vertragspartner in der Bordgastronomie erfolgt.“


(Schuster)


(Schuch-führl)


(Kurn)


(BELAKOWITSCH)


ChH

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zuzuweisen.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-15T20:26:19+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	